

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seliger Straße 32. IV., Volkshaus
Telephonat 7503

Anzeigen: An Oedbühen werden von Privaten 40 Fig. für die einseitige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 1.

Sonnabend, den 5. Januar 1918.

22. Jahrgang.

aus der Steinindustrie und dem Berufsleben im verflochtenen Jahre.

Im verflochtenen Jahre haben sich gegenüber den Kriegsjahren 15/16 in der Steinindustrie allzuwichtige Vorkommnisse nicht ereignet, auch im Berufsleben haben sich bemerkenswerte Änderungen eingestellt. Durch die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Weltkrieges allerdings hat sich die soziale Lage der Arbeiter ungemein verschlechtert, die Ausgaben für die täglichen Bedürfnisse Lebens sind kaum noch zu ersparen. Und in dieser Hinsicht ist eine Besserung auch im begonnenen Jahre kaum zu erhoffen. Der alte Dickschiff, der sich zu Jahresbeginn bemerkbar macht, ist, daß im Osten die Friedensverhandlungen endgültig begonnen haben sich daraus die Hoffnung ergibt, daß dem Völkermorden endlich halt getan werden kann.

Wir wollen nun gleich ohne Umschweife einen Blick auf die Lage einzelnen Steinbruchdistrikte werfen. Der Stand der Granit-Industrie im Striegauer Bezirk kann nur sehr gedrückt bezeichnet werden. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges wirken hier in jeder Beziehung, von einigen Ausnahmen abgesehen, in voller Schwere, denn die Granit-Industrie ist keine Kriegsgewinnindustrie. Wohl gab es insbesondere bei der Firma Kulmiz Heeresleistungen, dies aber doch nur in beschränktem Maße. Diese Arbeiten innerhalb einer bestimmten Frist herzustellen, bei dem Mangel an einströmenden mühen Kriegsteilnehmer reklamiert werden, auch Kriegsgewinne wurden bei der Firma Kulmiz beschlagnahmt. Die reklamierten Gegenstände betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, für die Dauer des Krieges die Mithras der Organisation gegenüber zu erfüllen, manchen Dabeingebliebenen ein Beispiel für später. Gegenwärtig wohl keine reklamierten Kollegen mehr beschäftigt, oder doch nur in vereinzelten Fällen, wie überhaupt die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse schwer auf dem Striegauer Gebiete lastet. Die fleißigen Arbeiter tun Heeresdienst und stehen vor dem Feinde, andere zum Hilfsdienst beordert. Die Nichtanerkennung als Schwerarbeiter, die fast vollkommene Unmöglichkeit, sich mit der notwendigen Werkzeuge zu versorgen, also Nahrungsmittel- und Kleidermangel zwingt auch die letzten Arbeiter vollends aus den Betrieben heraus zu gehen und andere Berufe, wo es zum Teil mehr Nahrungsmittel und wo man in erster Linie nicht den Unbilden der Witterung ausgesetzt ist. Alle diese Umstände bewirken, daß es den Unternehmern schwer fällt, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Zwar fehlt nicht an Aufträgen, nur an Arbeitern, die geringe Produktion ist abzudecken, in der Regel wird wohl nur auf Bestellung gearbeitet. Die Läger vorhanden sind, ist dies nur auf den immer mehr steigenden Wagenmangel zurückzuführen.

Diese schwierigen Verhältnisse wirken auch nachteilig auf die Organisation zurück. Die Krankheits- und Sterberate ist hoch, nur mit Mühe können die nötigen Verwaltungsarbeiten erledigt werden, der Wechsel unter den Funktionären ist die Regel. Der Krieg wird eingehalten, was hat dies insofern bei der heutigen Lebenshaltung zu befragen? Durch Teuerungszulagen suchte man das trügerische Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Lebensmittelpreis auszugleichen. Das war freilich nicht möglich, die Lebensmittelpreise stiegen ununterbrochen weiter an. Die Teuerungszulagen sind zwar erhöht worden, sind aber auch heute wieder völlig unzulänglich, der letzten Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulagen sind Lebensmittelpreise weiter angelegten, so daß auch diese Forderung wieder weit hinter dem nötigsten zurückbleibt. Die Kollegen sind deshalb wieder neue Zulagen erwirten.

Im Gau Hannover war der Geschäftsgang im Jahr 1917 sehr rückwärtig. Die Bruchbetriebe in Sandstein, Dolomit und Kalkstein unter dem Kauerort, sie waren hauptsächlich auf die Herstellung Rohmaterial und zum Teil auf Grabsteinarbeiten angewiesen. Eine große Anzahl von Betrieben ist stillgelegt und soweit dadurch Arbeiter beschäftigt wurden, sind dieselben fast überall in besser gelagerten Betrieben untergekommen.

In den Marmor- und Granit-Steinbetrieben konnten die Aufträge nur zum Teil erledigt werden, denn hier fehlt es außer an geeigneten Arbeitskräften auch noch an Sägebälkern, Schleif-, Schmirgel- und Feilmaterial. Lieferungen auf bestimmte Termine wurden überhaupt nicht mehr angenommen und Aufträge sind auf lange Zeit hinausgeschoben worden.

In der Granit- und Pflastersteinindustrie war der Geschäftsgang allgemein sehr gut, und etliche Firmen haben ihr Betriebskapital merklich erhöht. Es liegen aber auch etliche Betriebe in Gommern, Nordorf und am Harz still.

Sehr gut war die Konjunktur in Grabstein. Überall fehlen die Arbeiter und die Schreihauer haben im besondern fast Tag und Nacht gearbeitet.

Es ist erklärlich, daß durch die vielen Einberufungen sich in allen Branchen ein Arbeitermangel recht fühlbar machte und die Betriebsbetriebe haben alle aufzutreibenden Arbeitskräfte eingestellt. In den Marmor- und Granit-Steinbetrieben sind sehr viel Zugerhänge beschäftigt und in den Marmor- und Granit-Steinbetrieben sind sehr viele Frauen als Schleiferinnen, auch Schreihauerinnen und Auschnelben werden dieselben verwendet. Kriegsbefähigten haben bis jetzt stets noch Unterkunft gefunden. Die Zahl der Kriegsgefangenen geht in die Hunderte, genau läßt zur Zeit die Zahl nicht feststellen, aber in allen Branchen werden Arbeiter beschäftigt. Am meisten in den Pflasterstein- und sonstigen Betrieben, dann in Schleifer- und Grabsteingeschäften. Sie arbeiten als Transport- und Plagarbeiter, als Räumer, Brecher, Stoßer, Heizer, Pflastersteinschläger, Säger und Steinmehler und im allgemeinen zur Zufriedenheit der Unternehmer, aber es ist ein Unterschied zwischen Russen und Franzosen. Freilich, jagte ein Unternehmer: „Die Arbeiter sind's eben nicht.“

Die Tarife sind im allgemeinen unverändert verblieben und es ist überall weitere Teuerungszulagen verblieben. In etlichen Gebieten mußten wiederholte Zulagen gewährt werden. Die Zulagen im Jahr 1917 schwanken zwischen 5-30 Prozent, je nach Lage und Beschäftigungsgrad. Nur ganz wenige Unternehmer haben freiwillig etwas zugestimmt, aber die meisten erkannten die Forderung als voll berechtigt und waren mit den Arbeitern einig in der Beurteilung des Lebensstandes und besonders der vollständig unberechtigten Druck- und Zwangsmaßnahmen. Nur in Gommern hat die Firma Dummig für mal Teuerungszulagen abgelehnt mit der Begründung, daß die Pflastersteinschläger hinreichenden Akkordlohn verdienen und die jungen Arbeiter ihren Leistungen entsprechend bezahlt wür-

den. Das ist ein Beweis, daß es noch Unternehmer gibt, die nicht vom Krieg getrennt haben und die Folge davon ist die, daß noch mehr Arbeiter sich um leichtere und besser bezahlte Arbeit kümmern und in den meisten Fällen für die Steinbrüche verloren sind. Auch in den Steinbrüchen in der Nähe von Kassel ist daselbst zu verzeichnen. Es ist eben eine Tatsache, daß in der Pflastersteinindustrie trotz guter Konjunktur die niedrigsten Teuerungszulagen bezahlt werden. Die zurückkehrenden Arbeiter werden daraus sicher auch die Konsequenzen ziehen, und da nach dem Kriege ausländische Arbeiter wohl nicht mehr in dem Maße als vor dem Kriege beschäftigt werden können, so wird es wohl in manchen Betrieben dauernd an geeigneten Kräften mangeln.

Die noch immer weiter steigende Teuerung zwingt die Kollegen, weitere Forderungen an ihre Unternehmer zu stellen und da, wo die Tarife ablaufen, sind die Verhandlungen schon eingeleitet, ja etliche schon abgeschlossen.

Das Berufsleben ist in vielen Ziffern nicht so rege als es sein mußte und die Zahl der Eingezogenen ist auch in diesem Jahre noch immer etwas größer als die Zahl der Reueingetretenen. In einigen Ziffern können aber noch Mitglieder gewonnen werden, wenn die Agitation energisch betrieben wird. Leider sind die besten agitatorischen Kräfte in den Ziffern einberufen. Diejenigen, die reklamiert sind, sind froh, daß sie noch im Beruf tätig sein können, sie vermeiden ängstlich irgendwelche Propaganda für den Verband zu betreiben und Versammlungen wurden bis jetzt in vielen Ziffern wenig oder gar nicht abgehalten. Im neuen Jahre wird die Berufstätigkeit wieder lebendiger werden.

Das Jahr 1917 war für den Bezirk Odenwald ein sehr arbeitsreiches. Die Geschäfte waren immer mit Aufträgen überhäuft. Die Firma Nitz und Reimmuth hat schon seit 1915 große Heereslieferungen auszuführen, und es sind dort auch einige reklamierte Kollegen beschäftigt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war das ganze Jahr hindurch rege. Der Tarif, der seit 1910 besteht und den heutigen Verhältnissen durchaus nicht mehr entspricht, wird von den Unternehmern im großen und ganzen eingehalten. Die Teuerungszulage liegt im Laufe der Kriegsjahre von 7 auf 25 Prozent. Die Nachfrage nach Denkmälern ist eine große und sind die Läger ziemlich geräumt. Kriegsgefangene sind nur bei einer Firma beschäftigt. Die Teuerungszulagen sind für uns völlig ungenügend, worin wohl der Grund liegt, daß einige Kollegen den Beruf aufgegeben haben und in den Munitionsfabriken Arbeit suchen. Diese Abwanderung aus dem Berufe wird noch weiter anhalten. Die Ziffern im Odenwald-Bericht sind alle noch vorhanden, und fanden von Zeit zu Zeit Bezirksvorstandsbesprechungen statt, um sich über die wichtigsten Angelegenheiten zu beraten. Leider sind immer noch Kollegen vorhanden, die während des Krieges das Beitragszahlen eingestellt haben. Würden diese Kollegen sich das verflochtenen Jahre vor Augen führen, so würden sie sehen, daß alle Verbesserungen nur durch den Verband erzielt wurden.

Der Bezirksrat wurde für 1918 gekündigt. Die Kollegen fordern mehr Einheitspolitik im Aufbau, dieses Ziel muß erreicht werden. Auch die Teuerungszulage muß unter allen Umständen eine Erhöhung erfahren, wenn in Sachsen 40 respektive 50 Prozent bezahlt werden können, so muß dieses auch für den Odenwald-Bericht möglich sein.

Ueber die Fichtelgebirgs-Steinindustrie wäre folgendes zu berichten: Während in früheren Jahren in den Schleiferbetrieben es eine ständige Erscheinung war, daß alljährlich im Herbst eine Stodung für die Arbeiter eintrat, so daß oft Wochen ausgefällt wurde ist seit 1915 von diesem Uebel nichts mehr zu spüren und muß sogar der Geschäftsgang in den Schleiferbetrieben sowie auch im Bauhand ein guter genannt werden.

Die Entlohnung wurde nach den bekannten Tarifen geleistet. Dem Fichtelgebirgs-Normal-Lohnstarif gehören 12 Schleiferbetriebe an, während 3 Firmen eigene Tarife haben. Diese Tarife weichen in manchen Punkten vom ersten etwas ab, enthalten aber dagegen wieder bessere Positionen, so daß die Arbeiter bereits besser fahren. In der Bauhand, in welcher außer den Schleiferbetrieben mit Bauarbeit noch 8 Unternehmer vereinigt sind, besteht bisher ein sogenanntes Tarifprovisorium, so daß auch dessen Arbeiter jetzt regelmäßig tariflich entlohnt werden. Nur bei einer Firma, die an mehreren Orten Betriebe hat, kommen in zwei Betrieben öfters Tarifreklamationen vor, die aber bisher immer friedlich geschlichtet wurden. Die Lohnzahlung ist größtenteils eine zweiwöchige, während in einigen Betrieben und in der Bauhand der Lohn alle Woche ausbezahlt wird. Die letztere Zahlungsmethode ist wohl die bessere.

Teuerungszulagen werden gegenwärtig bezahlt bei dem Verband der Fichtelgebirgs-Unternehmer (12 Firmen) seit 1. August 1917 16 Proz. für Steinmehler und Handschleifer, und 12 Proz. für die Maschinenschleifer. Diese Sätze erhöhen sich ab 31. Januar 1918 für Steinmehler und Handschleifer auf 20 Proz. und für Maschinenschleifer auf 15 Proz.

In allen Betrieben werden die Zulagen prompt bezahlt. In zwei Schletterwerten dessen Unternehmer in Hof wohnen, erhielten die Arbeiter ab April 1916 eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Eine weitere Teuerungszulagenbewegung ist im Gange und hoffen wir, daß die Unternehmer endlich Sorge tragen, dieselbe zu gewähren. Die Arbeiter in den Schletterwerten sind über ihre Unternehmer mit Recht entrüstet.

Das Berufsleben sollte freilich viel reger sein. Versammlungen finden leider selten statt. Trotzdem werden die weiteren Verbandsangelegenheiten nicht vernachlässigt. Die Beitragszahlung ist eine muster-gültige. Restanten sind nicht vorhanden. Ueber die letzte Beitragszahlung mochten sich neue Versammlungen notwendig, die gefassten Beschlüsse müssen wir in die Tat umsetzen.

Wetterzeichen.

Als im August 1914 der Weltkrieg ausbrach und unser Vaterland rings von Feinden bedroht war, herrschte in allen Schichten der Bevölkerung der feste Wille, Deutschland gegen die Angriffe von außen zu verteidigen. Unser Heimatland mußte um seine Existenz kämpfen, die Ergründlichkeiten unserer wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit waren in Gefahr, unsere Anwartschaften standen auf dem Spiele, und da waren wir alle einig, daß es unsere vornehmste Pflicht sei, uns schützend und schirmend vor das bedrohte und gefährdete Vaterland zu stellen. Im Bewußtsein dieser Notwendigkeit schwand alle Unterschiede des Standes und des

Bewußtes und alle Gegenstände der Gefinnung und des Interesses. Zeitweilig war das Dichtwort zur Wahrheit geworden: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ und es schien tatsächlich, als ob alles Trennende durch den Sturm des Weltkrieges hinweggefegt worden sei.

Die einmütige Stellungnahme der denkenden Arbeiterklasse zugunsten der Vaterlandsverteidigung, die nicht einem Kriegstümel entsprang, sondern die ein Ausdruck der politischen Reife war, hatte die bürgerliche Gesellschaft aufs höchste überrascht und aufs angenehmste enttäuscht. Die sozialdemokratische Arbeiterchaft war in den Mittelpunkt der Erörterungen getreten und auf alle Seiten vor man des Ruhmens voll über ihre vaterländische Haltung. Man erklärte offen, daß man sie arg verkannt habe, als man sie einer vaterlandsfeindlichen Gefinnung beschuldigte und man gab das Versprechen ab, daß nunmehr eine Wandlung der Dinge eintreten solle und müsse. Die Arbeiter sollten als politisch gleichberechtigte und sozial gleichwertige Menschen in unserer Volksgemeinschaft gelten, und auch in wirtschaftlicher Beziehung sollte für ihr Gedeihen gesorgt werden. Eine stark demokratische Welle ging über unser Land dahin, allen Tätigen sollte die Bahn freigemacht werden und zumal den Arbeiterchaften sollte das Recht auf Mitarbeit und Mitbestimmung in allen öffentlichen Angelegenheiten eingeräumt werden. Jede Zurücksetzung der Sozialdemokratie erschien als überlebt und nicht mehr zeitgemäß und als Grundlag wurde aufgestellt, daß die sozialdemokratische Gefinnung nirgend ein Hindernis sein dürfe, einen Menschen in einer staatsbürgerlichen oder privaten Stellung zu beschäftigen. Außerdem wurde es für selbstverständlich erklärt, daß man der Arbeiterchaft seitens der Unternehmer in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zeigen müsse.

Diese arbeitertfreundliche Strömung war so stark, daß sie alle schamhaften und reaktionären Elemente bestimmte und sie sich in den Winkel verkröchen. Mit der feinsten Witterung, die diese Leute auszeichnet, verspürten sie, daß ein anderer Wind wehte, und daß ihre Zeit bis auf weiteres vorüber war. Allmählich aber flaute die Begeisterungsstimmung ab, das persönliche und das Klasseninteresse treten wieder in den Vordergrund. Den Angehörigen der besitzenden und bevorrechtigten Schichten dämmerte die Einsicht auf, daß sie auf eine jenseitigen Ebene gelangten, wenn sie der Arbeiterklasse zu weit entgegenkämen. Es regte sich das Klassenbewußtsein, das zeitweilig getrieblt worden war, und es erschien ihnen als eine Torheit, auf die bisherigen politischen Vorrechte und wirtschaftlichen Vorteile zu verzichten. Der in jedem Menschen stehende Zug, am Alten festzuhalten und sich dem Neuen zweifelnd oder gar feindlich gegenüberzustellen, ist besonders in den konservativen Kreisen stark ausgebildet und auf der anderen Seite haben die Leute aus den wirtschaftlich bevorzugten Kreisen wenig Lust, sich ihr Einkommen schmälern zu lassen. Die einen sind sehr zurückhaltend in bezug auf ihre Stellung in Staat und Gesellschaft, die anderen in bezug auf ihren Geldbeutel. Diese Stimmung wird von den Wortführern dieser Kreise natürlich noch aufgepeitscht, und so erklärt es sich, daß alle Versprechungen von jener Seite in den Wind geschlagen, und daß alle guten Absichten verpuffen worden sind. Die Schamhaften und die reaktionären Heißsporne haben Oberwasser bekommen und beherrschen die Lage.

Im preussischen Abgeordnetenhaus, der Hochburg des verlorren konservativen, bringt man der Durchführung eines freiwahlrechtlichen Wahlgesetzes den heftigsten Widerstand entgegen. Der König von Preußen hat das allgemeine, gleiche Wahlrecht verprochen, die Regierung hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet und eingebracht, der noch nicht einmal ganz den Forderungen der Arbeiter entspricht. Und da müssen wir erleben, daß die „Stützen des Thrones“ und die Vorkämpfer des „guten, bewährten Alten“ gegen das neue Wahlrecht Sturm laufen, und es in Grund und Boden verdonnern. Der Hinweis auf die Notwendigkeit, das bisherige Klassenwahlrecht in freiwahlrechtlicher Sinne auszugestalten und es dem Reichstagswahlrecht gleichzumachen, stößt bei diesen unbelehrbaren Leuten auf Spott und Hohn. Sie sagen, wenn eine Veränderung unseres Wahlrechts nötig sei, so möge man das bisherige Reichstagswahlrecht rückwärts revidieren. Also nichts vorwärts zum gleichen Wahlrecht, sondern rückwärts zum Klassenwahlrecht, lautet ihre Parole. Leider finden diese Rückwärtler auch noch die Unterstützung mancher Mitglieder der nationalliberalen und der Zentrumspartei, und selbst die halbwegs demokratisch gesinnten Mitglieder dieser Parteien wollen die Vorrechte der nach Bildung und Weisheit machenden Bevölkerungsmassen gegen den Insturz und das Uebergewicht der Massen stützen. Da besteht denn wirklich geringe Aussicht, daß König und Regierung ihr Versprechen einzuhalten vermögen, und das preussische Volk auf die Zukunft vertrieben.

Gleichlautend mit der politischen Reaktion setzt auch eine rückwärtige Bewegung auf dem wirtschaftlichen Gebiete ein. Die Schamhaften, die in den Unternehmerräumen ihr Unwesen treiben, sprechen es offen aus, daß es nicht mehr anständig sei, den organisierten Arbeitern ein freundliches Entgegenkommen zu bewilligen. Sie verlangen vor allen Dingen eine Abschaffung der während des Krieges „unberechtigten“ geringeren Löhne, trotzdem an eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise vorläufig gar nicht zu denken ist, sodann eine Einschränkung der Sozialpolitik und eine Verminderung des

